

Der **Zimmerer**

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnab. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehb. durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. • Anzeigen aus den Zahlstellen die vierspaltige Peitzzeile 50 Pf.

Um die Entscheidungen in Politik und Wirtschaft

Wenn die vorliegende Nummer des „Zimmerer“ in die Hände der Leser gelangt, hat der politische Osterfriede sein Ende erreicht. Nach den Anordnungen des Reichsinnenministeriums geht der verordnete politische Friede am 4. April zu Ende. Von diesem Tage an wird der Kampf um die großen politischen Entscheidungen in Deutschland mit großer Leidenschaftlichkeit entbrennen. Im Vordergrund steht die Wahl des Reichspräsidenten, die am 10. April endgültig erledigt wird. Am 24. April finden die Wahlen zu den Länderparlamenten in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg statt. Auch hierbei handelt es sich um politische Entscheidungen von außerordentlich großer Tragweite. Wenn durch die Parlamentswahlen die Richtlinien für die künftige Politik der Länder festgelegt werden, so haben doch die Wahlen am 24. April darüber hinausgehende Bedeutung. Wie bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April, so wird auch am 24. April entschieden, ob in Deutschland künftig nach faschistischen Methoden regiert werden soll oder ob die in der Weimarer Verfassung festgelegten Grundsätze der Demokratie auch in Zukunft die Grundlage der politischen Entwicklung sein sollen.

In der Vorentscheidung über die Wahl des Reichspräsidenten hat das deutsche Volk mit überwältigender Mehrheit festgelegt, daß es Gegner der faschistischen Regierungsmethoden ist. Von je 100 Wählern haben 70 entschieden, daß sie mit Faschismus in irgendeiner Form nichts zu tun haben. Nun wird es Aufgabe des denkenden Volkes in Deutschland sein, bei der endgültigen Wahl des Reichspräsidenten, dem Garanten der Demokratie, von Hindenburg, noch einen größeren Stimmvorsprung gegenüber dem Vertreter des faschistischen Regimes zu geben. Wir müssen es immer wieder betonen: es dreht sich bei dieser Wahl nicht so sehr um Personen, als um künftige Regierungssysteme. Die Entscheidung zwischen Demokratie und Faschismus steht im Vordergrund! Diese konkrete politische Situation macht es erforderlich, daß das arbeitende Volk klar erkennt, um was es sich dreht. Es ist zwar vollkommen ausgeschlossen, daß der Präsidentschaftskandidat der Nationalsozialisten auch nur die geringste Aussicht auf den endgültigen Sieg hat; aber trotzdem müssen alle Kräfte angespannt werden, um seine Niederlage am 10. April endgültig und vollkommen zu gestalten. Die Parole der Gewerkschaften ist die gleiche wie am 13. März: Wir schlagen Hitler, wir wählen Hindenburg!

Der Ausfall der Wahl zu den deutschen Länderparlamenten und die Entscheidung in der Reichspräsidentenwahl wird die künftige Gestaltung un-

serer Außenpolitik in hohem Grade beeinflussen. Es ist Allgemeinut geworden, daß die großen wirtschaftlichen Fragen, die Deutschland in so furchtbarer Weise niederdrücken, nur gelöst werden können, wenn auf außenpolitischem Gebiet wesentliche Entspannungen eintreten. Im Vordergrund der außenpolitischen Verhandlungen steht die Frage der Reparationen. Sie wird und muß eine endgültige Klärung erfahren. Nun ist bereits festgelegt, daß Anfang Juni die große Reparationskonferenz in Lausanne zusammentreten soll. Wenn der Ausfall der Wahlen zu den deutschen Länderparlamenten diesen ein stark faschistisches Gepräge gibt, ist nicht zu erwarten, daß Deutschland bei den Reparationsverhandlungen große Erleichterungen erhalten wird. Die politischen Gegenspieler Deutschlands werden mit Recht auf die ungeheuren Gefahren hinweisen, die in der faschistischen Entwicklung Deutschlands begründet liegen. Darüber ist sich das Ausland völlig im Klaren: Faschismus bedeutet Krieg, politische Komplikationen nicht nur für Deutschland, sondern für das gesamte Europa. Kein ernsthafter Politiker wird den faschistischen Friedensbeteuerungen großen Wert beimessen. Das gesamte Ausland hat erkannt, daß es sich bei dem deutschen Faschismus um eine europäische Gefahr handelt.

Neben der Reparationskonferenz tagt zu gleicher Zeit die Abrüstungskonferenz in Bern. Auch ihr Ergebnis wird im wesentlichen von der politischen Entwicklung in Deutschland abhängen. Die Länder rund um Deutschland werden nicht die geringste Neigung besitzen, abzurufen, wenn sich die Verhältnisse in Deutschland nach der faschistischen Seite hin entwickeln. Der deutsche Faschismus wird von dem Ausland vollkommen richtig erkannt als die Partei des Militarismus. Die Lösung der großen außenpolitischen Frage ist nur in einem für Deutschland günstigen Sinne möglich, wenn die demokratische Entwicklung nicht durch faschistische Experimente in Deutschland gefährdet wird. Darüber muß in den Kreisen der Wähler, die am 10. und 24. April zur Urne schreiten, Klarheit bestehen.

Im engsten Zusammenhang mit der Lösung der großen außenpolitischen Probleme steht die Frage der wirtschaftlichen Neuordnung Europas. Dieser Tage wurde bekannt, daß die amerikanische Regierung die Einberufung einer internationalen Zollkonferenz beabsichtigt. Dem gegenseitigen Zollkrieg soll ein Ende bereitet werden. Allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß man mit Schutzzollpolitik und nationalen Zollsystemen die weltwirtschaftliche Verflechtung

auseinanderreißt und dadurch den Wirtschaften der einzelnen Staaten ungeheuren Schaden zufügt. Neben diesem großen weltwirtschaftlichen Problem, das auf der internationalen Zollkonferenz behandelt werden soll, steht die Frage der wirtschaftlichen Neuordnung in Mitteleuropa. Die Pläne der französischen Regierung, die auf die Schaffung einer großen, durch keine Zölle eingegrenzten Wirtschaftseinheit in Mitteleuropa hinzielt, lassen klar erkennen, daß die führenden Mächte in Europa sich zu der Erkenntnis durchgerungen haben, daß es so wie seither nicht weitergehen kann. Mit dem Plan der Errichtung einer Donauföderation soll zunächst ein Anfang gemacht werden. Will Europa gesunden, dann müssen die Gedanken realisiert werden, die dem verstorbenen französischen Außenminister Briand in seinem Paneuropaplan vorschwebten. Welche Entwicklungen auch diese Verhandlungen nehmen werden, hängt im wesentlichen von der Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland ab. Mit dem Faschismus in seiner typischen deutschen Form wird keine europäische Großmacht Fragen der vorerwähnten Art regeln können.

Im Vordergrund der deutschen Innenpolitik steht die Frage der Arbeitsbeschaffung. Noch heute sind rund 6 Millionen Hand- und Kopfarbeiter ohne jede Beschäftigung. Keine Frage bedarf so dringend der Lösung als die der Arbeitsbeschaffung. Die vom Reichswirtschaftsministerium veröffentlichten Pläne für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm sind außerordentlich dürftig und ungenügend. Die Pläne der Gewerkschaften, die in ihren Einzelheiten

der breiten Öffentlichkeit heute noch nicht restlos bekannt sind, zeigen den Weg, der gegangen werden muß, um aus der Wirtschaftsmisere herauszukommen. Jedoch ist es so, daß die gewerkschaftlichen Forderungen vom Reich und von den Länderregierungen durchgeführt werden. Fällt die politische Entscheidung am 10. und 24. April gegen die Demokratie aus, so wird der erstarkte Faschismus die Frage der Arbeitsbeschaffung auf seine Weise lösen. Die faschistischen Vorbilder in Italien, in Ungarn und in Polen zeigen uns, was wir dann zu erwarten haben. Der Faschismus würde versuchen, mit der Kasernierung der Jugend und mit Arbeitsdienstpflichtarmeen die Zahl der Arbeitslosen herabzumindern. Aber damit noch nicht genug; er würde getreu den Weisungen seiner großindustriellen Auftraggeber die Arbeitslosenunterstützungssätze wesentlich herabsetzen, Naturalverpflegungen einführen und die sozialpolitischen Errungenschaften in den deutschen Ländern und Gemeinden völlig beseitigen.

Der faschistische Gefahr muß die organisierte Arbeiterschaft die Stirn bieten. Der Arbeiterklasse kann es nicht gleichgültig sein, ob ihr der politische und wirtschaftliche Kampfboden entzogen wird, den die Demokratie darstellt. Gerade bei den Wahlen am 10. und 24. April steht für die Arbeiterklasse so außerordentlich viel auf dem Spiele, daß es ein Verbrechen wäre, nicht auf die großen Gefahren hinzuweisen, die bei der Stärkung des faschistischen Einflusses in den deutschen Länderparlamenten entstehen würden. Es gilt vielmehr, alle Kraft aufzuwenden; daß die Arbeiterklasse diese Gefahren abwendet.

Heraus aus der Krise!

In der öffentlichen Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes erstattete Kollege Leipart einen Bericht über die Weltwirtschaftslage.

An die Spitze seiner Ausführungen stellte Leipart die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, die einen ruhigen Ablauf der Wirtschaft immer wieder verhindern. China, Indien, das Memelland, die Gegensätze in der Abrüstungsfrage, das ungeklärte Reparationsproblem sind außenpolitische Konfliktsstoffe. Die Zunahme des faschistischen und nationalistischen Radikalismus in Verbindung mit einer sozialen Reaktion größten Ausmaßes charakterisiert die innerpolitische Lage. Derartige Zustände lassen keine Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung aufkommen. Das mangelnde Vertrauen in der Politik bedeutet für die Wirtschaft: mangelnde Kreditbereitschaft! Von 1925 bis 1928 hatten die kapitalkräftigeren Staaten die kapitalbedürftigen Länder einigermaßen mit Krediten versorgt. Seitdem versickerte nicht nur dieser Kreditstrom, sondern gleichzeitig ver-

stärkte sich der Gegenstrom, der hohe Zinsleistungen und Amortisationen aus den armen in die reichen Länder entführte. Dort häufte sich das Gold an, — ein warnendes Zeichen für die gefährlichen Verlagerungen, die sich im Kreditgefüge der Welt vollzogen. Die panikartige Kündigung der kurzfristigen Kredite im Sommer 1931 verstärkte die für das Kreditgebäude gefährlichen Spannungen.

Durch die politischen Ursachen der Wirtschaftskrise sind freilich die wirtschaftlichen Gründe des Zusammenbruches nicht entschuldigt. Der wahllosen Ausweitung der Produktion in der Welt stand keine entsprechende Nachfrage gegenüber. Durch Zurückhaltung der Warenvorräte, durch Vereinbarungen über Drosselung der Erzeugung konnte der Zusammenbruch nur hinausgezögert werden, um dann aber um so wichtiger einzusetzen. Die Selbstheilungskräfte, die jede Wirtschaftskrise bis jetzt in sich getragen hat, versagten.

Wir stehen nun vor der Frage: Muß die Menschheit tatenlos zusehen, wie sich

die Produktion von Monat zu Monat verringert, wie der Handel einschrumpft, wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen? Ist es wirklich unabänderliches Gesetz, daß die Wirtschaft den Menschen beherrscht — oder kann der Mensch vermöge seines Willens und seiner Kraft die Wirtschaft lenken? Die Gewerkschaften haben die Pflicht, die Wege aufzuzeigen, die aus dem Dunkel der Krise führen! Denn die Arbeiterschaft leidet am meisten unter den Krisen. Die Gewerkschaften haben aber nicht nur das Recht, Vorschläge zu machen, sondern ein Anrecht darauf, daß ihre Vorschläge gehört werden. Sie waren am Aufbau und am Ausbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht beteiligt, sie sind bis zum heutigen Tage von der Wirtschaftsführung so gut wie ausgeschlossen gewesen — die Gewerkschaften sind also für den Zusammenbruch der Wirtschaft nicht verantwortlich!

Leipart kennzeichnet dann die dringlichsten Aufgaben zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise:

1. Die Länder, die den Goldstandard aufgegeben haben, müssen unverzüglich eine Stabilisierung der Währungen vornehmen. Die Länder, deren Währungen bedroht sind, müssen mit aller Kraft für die Erhaltung ihrer Währung eintreten. Die kapitalkräftigen Länder, die nicht vom Währungsverfall bedroht sind, haben die Pflicht, ihren schwächeren Nachbarn zu helfen. Es hat keinen Zweck, auf dem Gebiete der internationalen Handelspolitik weitere Vorschläge zu machen, ehe nicht diese entscheidenden Voraussetzungen für eine Wiederbelebung des Weltverkehrs geschaffen sind.

2. Man muß die Arbeitslosigkeit sozusagen künstlich zum Verschwinden bringen, indem man die vorhandene Arbeit auf mehr Hände verteilt. Die gewerkschaftliche Forderung auf gesetzliche Einführung der 40-Stundenbeziehungsweise 5-Tage-Woche ist leider von den meisten Regierungen nicht aufgenommen worden. Die Unternehmer wollen nicht anerkennen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur eine Forderung der Gegenwart, sondern auch eine notwendige Maßnahme für die Zukunft darstellt. Denn auch in besseren Zeiten werden längst nicht alle Arbeiter, die jetzt erwerbslos sind, bei mehr als 40stündiger Arbeitszeit wieder in Arbeit gebracht werden können.

3. Die Arbeitslosigkeit muß darüber hinaus auf natürlichem Wege zum Verschwinden gebracht werden. Infolge des Versagens der privaten Wirtschaft ist der einzig gangbare Weg hierzu ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das von der öffentlichen Hand ausgeht. Deshalb begrüßen wir den Plan einer internationalen Arbeitsbeschaffung, der vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellt worden ist, und bedauern es, daß die Bedenken gegen die Durchführbarkeit dieses Planes drohen, diese fruchtbare Idee zum Scheitern zu bringen.

4. Die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms erfordert besondere Anstrengungen. Eine gewisse Vorarbeit hat bereits der Goldausschuß des Völkerbundes geleistet. Genosse Jouhaux schlägt vor, daß die Notenbanken der europäischen Länder mit Goldüberschuß einen Teil ihrer Goldreserven für eine Arbeitsbeschaffungsleihe zur Verfügung stellen. Ein weitergehender Plan, der die aktive Mitwirkung auch der kapitalschwachen Länder ohne Goldüberschuß vorsieht, ist von einem Sachverständigenausschuß des IGB. Ende vorigen Jahres ausgearbeitet worden. Wenn auch über diesen Plan das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, so sollten doch die Gewerkschaften aller Länder unablässig ein Arbeitsbeschaffungsprogramm fordern und ihre Regierungen veranlassen, die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.

5. Es ist bezeichnend, daß die Krisenkonferenzen, die in letzter Zeit

von einigen unserer Landeszentralen einberufen worden sind, sich mit verstärkter Energie für einen Umbau der Wirtschaft ausgesprochen haben. In der Tat ist das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht imstande, den Weg aus der Krise zu zeigen. Sein Automatismus hat versagt, seine Selbstheilungskräfte sind unwirksam geworden. Nur eine planmäßige Bewirtschaftung der Produktivkräfte durch die Allgemeinheit kann die Krise überwinden. Die Förderung und Ausweitung der öffentlichen Wirtschaft ist daher eine dringliche Aufgabe der Gewerkschaften.

Leipart erinnerte an die ausgezeichneten Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz und an die wirtschaftlich kluge Einsicht, die aus manchen Stellen des Dawes-Planes und des Beneduce-Berichtes hervorleuchten. Aber die wirtschaftliche Erkenntnis

Die Berufsgefahren im Baugewerbe und ihre Abwehr im Jahre 1930

(Fortsetzung.)

Die Berufsgenossenschaften beurteilen die Ursachen der im Laufe des Berichtsjahres eingetretenen Unfälle verschieden. Ueber die Zunahme der entschädigten Unfälle wird von der Hamburgischen Bauberufsgenossenschaft einerseits die in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 einsetzende rege Bautätigkeit angeführt. Die Unfälle aus dieser Zeit sind zum größten Teil erst im Berichtsjahre zur Entschädigung gelangt. Andernteils hat sich bei der Berufsgenossenschaft auch die Zahl der Wege-Unfälle nahezu verdoppelt. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die allgemeine schwere Wirtschaftslage und die damit verbundene scharfe Konkurrenz das Arbeitstempo und damit auch die Unfallgefahren gesteigert haben. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt die Hannoversche Bauberufsgenossenschaft, die feststellt, daß nie so wie im Berichtsjahre der scharfe Wettbewerb um Arbeitsausführungen der Anlaß zu Sparmaßnahmen geworden ist, die sich dann in mangelhafter Betriebssicherheit und in Unfällen auswirkten. Weiter sagt diese Berufsgenossenschaft, daß unverkennbar auch die Not der Zeit, drohende Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Sorgen seelische Auswirkungen ausgelöst haben, die den Versicherten gegenüber den Betriebsgefahren stumpf werden ließen. Eine recht anfechtbare Begründung für die Zunahme der entschädigten Unfälle gibt die Thüringische Bauberufsgenossenschaft. Sie nimmt an, daß die weitere Zunahme der erstmalig entschädigten Unfälle mit dem Daniederliegen der Wirtschaftsverhältnisse beziehungsweise der ungeheuren Arbeitslosigkeit zusammenhängt, und daß dadurch oft wegen nur geringfügiger Verletzungen, die bei ausreichender Arbeits- und Verdienstmöglichkeit überhaupt nicht beachtet würden, Entschädigungen gezahlt werden müssen, weil angeblich teilweise Erwerbsbeschränkung vorliegt. Die von der Berufsgenossenschaft hier behauptete Drückebergerei müßte allerdings mit Einverständnis des behandelnden Arztes erfolgt sein, denn dieser stellt doch die Arbeitsunfähigkeit fest. Die Berufsgenossenschaft widerlegt allerdings ihre Behauptung sofort selbst, indem sie auf die Folgen kleiner Ursachen hinweist, die im Berichtsjahre außerordentlich deutlich in Erscheinung getreten sind. Durch falsche oder nachlässige Behandlung scheinbar geringer Finger- oder Handverletzungen sind im Berichtsjahre allein 5 Todesfälle eingetreten. Die Württembergische Bauberufsgenossenschaft überrascht durch eine besonders eigenartige Begründung der Steigerung der entschädigten Unfälle. Sie behauptet nämlich, daß die Zunahme der entschädigten Unfälle einmal durch die Einbeziehung der Wege-Unfälle und der Berufskrankheiten eingetreten ist, zum andern, daß nach der Stabilisierung der Währung die schlechte wirtschaftliche

wurde durch politische Zielsetzungen vernebelt. Wir müssen den Politikern zurufen: Zerstört nicht die Grundlagen des Wohlstandes eurer Völker, indem ihr versucht, ihnen auf dem Wege politischer Machtentfaltung Vorteile zu erringen, die letzten Endes mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bezahlt werden müssen. Bei den vielfachen Reisen der verantwortlichen Politiker in den letzten Monaten sind viele freundliche Worte gefallen. Sie haben aber nur dazu gedient, die Entscheidungen, die doch einmal getroffen werden müssen, zu verzögern, obgleich die steigende Not rasches Handeln verlangt.

Wir brauchen keine Worte mehr, wir wollen endlich Taten sehen, damit die Welt wieder ein friedlicheres Antlitz erhält, damit die Menschheit endlich glücklich werde!

Lage und die Arbeitslosigkeit die Stellung der Entschädigungsansprüche sehr begünstigen. Diese Berufsgenossenschaft hat wohl übersehen, daß die Oberversicherungsämter nur solche Anträge auf Rentengewährung anerkennen, bei denen tatsächlich Erwerbsbeschränkung vorliegt. Nach der Beobachtung der Bayerischen Bauberufsgenossenschaft, die ebenfalls im Berichtsjahre eine sehr hohe Zahl entschädigter Unfälle aufzuweisen hat, ist der Rückgang der Unfallmeldungen nach Einführung der Krankenscheinegebühr besonders stark bemerkbar geworden. Die verminderten Unfallanzeigen dürften aber wohl in Wirklichkeit weniger darauf zurückzuführen sein, als auf den selbst vom Reichsversicherungsamt hervorgehobenen Umstand, daß zum Teil die Sorge um die Erhaltung des Arbeitsplatzes in Einzelfällen dazu beigetragen hat, unbedeutende Verletzungen nicht weiter zu verfolgen. Die Südwestliche Bauberufsgenossenschaft schreibt, es besteht kein Zweifel, daß die Wirtschaftsnot, die Beschäftigung von zahlreichen Betriebsfremden Personen (Notstandsarbeitern), denen die Gefahren des Baugewerbes fremd sind, eine zu niedere Preisbildung, die Beschleunigung der Arbeit und die Verwendung von nur oft behelfsmäßig ausgerüsteten Maschinen die Unfallverhütung ungünstig beeinflussen und die Unfallgefahren erhöht haben. Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft, die eine besonders hohe Unfallziffer im Jahre 1930 aufzuweisen hat, glaubt, daß die Steigerung der Unfallziffer auf den Zustand der Maschinen und Betriebseinrichtungen der infolge der in den letzten Jahren immer ungünstiger gewordenen wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich in manchen kleineren Betrieben, schlechter geworden, zurückzuführen ist, wodurch ein Verlust an Betriebssicherheit

eintrat. Weiter mußte mancher Unternehmer sein Aufsichtspersonal auf das äußerste einschränken, und dieses verringerte Personal hat zugleich Obliegenheiten des Betriebes mit zu erledigen, für die früher besondere Kräfte angestellt waren. Außerdem macht die Tiefbau-Berufsgenossenschaft auf die starke Verwendung von Notstandsarbeitern aufmerksam, die den im Tiefbau drohenden Gefahren leichter zum Opfer fallen als die Stammarbeiter.

Von den 144 im Berichtsjahre zur Entschädigung gelangten Berufskrankheiten sind die Mehrzahl Erkrankungen durch Blei und seine Verbindungen und schwere Staublungenenerkrankungen. Auf eine neuerdings stärker in Erscheinung tretende Gefahrenquelle macht die Hamburgische Bauberufsgenossenschaft und die Rheinisch-Westfälische Bauberufsgenossenschaft aufmerksam. Das Schleifen von Terrazzofußböden wird jetzt vielfach durch eine mit einem Benzinmotor angetriebene Schleifmaschine vorgenommen, durch die die Terrazzoarbeiter oder in der Nähe befindliche Personen durch Einatmen von Kohlenoxydgasen Schädigungen davontragen.

Die von der Tiefbau-Berufsgenossenschaft und der Rheinisch-Westfälischen Bauberufsgenossenschaft im Jahre 1929 angestellten Erhebungen über die Zahl der auf die einzelnen Wochentage entfallenden Unfälle sind für das Berichtsjahr von der Rheinisch-Westfälischen Bauberufsgenossenschaft weiter ausgebaut worden. Auch die Sächsische Bauberufsgenossenschaft hat jetzt darüber Erhebungen angestellt. Bei der Rheinisch-Westfälischen Bauberufsgenossenschaft weisen auch diesmal wieder der Montag und der Freitag die höchste Zahl von Unfällen auf, bei der Sächsischen Bauberufsgenossenschaft ist es der Montag und der Dienstag.

Ueber die Beteiligung der Betriebsvertretungen bei den Revisionen der Bauten durch die technischen Aufsichtsbeamten berichten die Berufsgenossenschaften ziemlich einheitlich. Die Hinzuziehung ist überall erfolgt, wo Baudelegierte vorhanden waren. Die Nordöstliche Bauberufsgenossenschaft berichtet über 2 Fälle, wo der technische Aufsichtsbeamte von der Betriebsvertretung zur Vermittlung von Streitigkeiten angerufen wurde, die zwischen der Belegschaft und dem Unternehmer bei der Durchführung von Unfallverhütungsvorschriften entstanden waren. Es gelang in beiden Fällen, eine Einigung zur Zufriedenheit beider Parteien zu erzielen. Die Bayerische Bauberufsgenossenschaft macht auf einen Fall aufmerksam, bei dem vom Unternehmer dem Betriebsrat die Beteiligung an der Betriebsbesichtigung nicht erlaubt wurde. Jedoch geht aus dem Bericht nicht hervor, ob sich der technische Aufsichtsbeamte mit der Weigerung des Betriebsunternehmers in diesem Falle abgefunden hat.

(Schluß folgt.)

Die Finanzlage unserer Zahlstellen

Die Zahlstellen unseres Verbandes bilden als örtliche Verwaltungskörper wichtige Glieder der Gesamtorganisation. Ihre Aufgaben sind im § 22 unserer Satzungen umrissen. Zu den satzungsgemäßen Aufgaben treten die sich aus dem allgemeinen Gewerkschaftsleben ergebenden Aufgaben, die Mitarbeit in den Ortsausschüssen, in den Krankenkassen, in den Arbeitsnachweisen, Spruchauschüssen, am Arbeitsgericht und andern mehr.

Diese Aufgaben erfordern beträchtliche geldliche Aufwendungen. Obwohl die Verbandstätigkeit in den Zahlstellen zu meist ehrenamtlich ausgeübt wird, werden den Funktionären direkte Aufwendungen erstattet. Diese Praxis geht von der richtigen Erkenntnis aus, den Verbandsfunktionären finanzielle Opfer zu ersparen und ihnen gleichzeitig zur Ausübung ihrer Funktionstätigkeit die Bildungsmittel zur Verfügung zu stellen, die eine solche Tätigkeit erfordert. Die Mittel dazu fließen aus den lokalen Beiträgen. Solange die Arbeitslage im Bau-

gewerbe normal war, sammelten die Zahlstellen trotzdem erhebliche Vermögensbestände an. Diese ermöglichten es, neben der Erfüllung der erwähnten Aufgaben außerordentliche Aufwendungen zu machen. Erinnerung sei an die Gewährung von lokalen Unterstützungen an Erwerbslose, an Reisende, an Streikende und an in Not geratene Mitglieder.

Die allgemeine Wirtschaftskrise hat katastrophal in diese Entwicklung eingegriffen. Die Arbeitslosigkeit in unserm Verband beträgt rund 90%. Seit 1928 ist die Arbeitslosigkeit ununterbrochen gewachsen. Infolgedessen ist nicht nur die Mitgliederzahl von 110 676 am Schluß des 4. Quartals 1928 auf 89 483 Mitglieder Ende Februar 1932 zurückgegangen. Die Einnahmen des Verbandes gingen entsprechend dem Wachsen der Arbeitslosigkeit zurück. Die Zahlstellen vereinnahmten 1928 an lokalen Beiträgen 1 737 224,30 M., 1929: 1 590 271,60 M., 1930: 1 049 702,42 M. und 1931: 558 235,99 M. Diese Sachlage hat sich auch auf die Vermögensbestände in den Zahlstellen

stark ausgewirkt. Am Schluß des Jahres 1928 schlossen sämtliche Zahlstellen zusammen mit 1 150 126,85 M Vermögen ab. Dieser Bestand verringerte sich bis zum Schluß des Jahres 1929 auf 1 080 163,27 M, 1930 auf 794 176,48 M und 1931 auf 511 370,33 M. Von 921 Zahlstellen am Schluß des Jahres 1931 verfügten nur 795 über einen Vermögensbestand. 126 Zahlstellen besaßen kein Barvermögen. Davon rechneten 74 Zahlstellen noch mit Defizit in der Lokalkasse ab; sie verwendeten entgegen den Verbandsbestimmungen zur Deckung ihrer lokalen Ausgaben zentrale Mittel. Freilich waren auch die Vermögensbestände in den meisten Zahlstellen nicht erheblich. In 170 Zahlstellen betrug das lokale Vermögen am Schluß des Jahres 1931 pro Mitglied unter 1 M, in 117 Zahlstellen betrug es 1,01 bis 2 M, in 156 Zahlstellen kamen auf das Mitglied 2,01 bis 4 M, in 103 Zahlstellen 4,01 bis 6 M, in 67 Zahlstellen 6,01 bis 8 M und in 52 Zahlstellen entfielen auf jedes Mitglied 8,01 bis 10 M Vermögen. Die verbleibenden 130 Zahlstellen zählen zu den gut fundierten. Ihr Vermögensbestand pro Mitglied ist noch stark unterschiedlich. Darunter befinden sich Zahlstellen mit Vermögensbeständen pro Mitglied von 10,01 bis 35 M. Bei Beurteilung dieser Bestände darf nicht außer Betracht gelassen werden, daß recht erhebliche Beträge von den Zahlstellenvermögen in Bauhütten, Gewerkschaftshäusern und andern gemeinsamen Unternehmungen der Arbeiterschaft festgelegt sind.

Der ungemein starke Rückgang der Einnahmen in den Zahlstellen zwang viele Zahlstellen zur Erschließung neuer Einnahmequellen, nachdem mit der Verminderung der Ausgaben bis an die Grenze des möglichen gegangen war. Manche Einrichtung in den Zahlstellen mußte aufgegeben werden, um an Ausgaben zu sparen. Nicht ohne großen Nachteil für die Organisation wäre eine weitere Verminderung der Ausgaben auf den Stand der Beitragseinnahmen gewesen. Das würde für viele Zahlstellen eine völlige Lahmlegung der Verbandstätigkeit bedeuten, weil nahezu alle Mitglieder arbeitslos sind. Schon vordem erhoben nicht wenige Zahlstellen zur Deckung ihrer örtlichen Ausgaben erhöhte Lokalbeiträge. Die ungeheure Arbeitslosigkeit machte auch diese Einnahmequelle nahezu wirkungslos. Deshalb war es in vielen Zahlstellen nicht zu umgehen, auch von den erwerbslosen Mitgliedern Verwaltungskostenbeiträge zu erheben. Zur Durchführung dieser Maßnahme war es erforderlich, die Freimarken mit einem örtlichen Aufschlag zu belegen. Die Zentrale hat auf Ansuchen vieler Zahlstellen Freimarken mit Aufdruck von 5 s, 10 s, 20 s und 30 s herstellen lassen. Von den 920 gegenwärtig bestehenden Zahlstellen erheben zur Zeit 177 Zahlstellen von den erwerbslosen Mitgliedern einen Verwaltungskostenbeitrag, 165 Zahlstellen haben höhere Lokalbeiträge als die satzungsgemäßen und 64 Zahlstellen führen noch besondere Lokalmarken. Von manchen Zahlstellen wird für die Zustellung des „Zimmerer“ an die Mitglieder ein besonderer Kolportagebeitrag erhoben. Interessant ist es nun festzustellen, in welchen Gauen hauptsächlich der Verwaltungskostenbeitrag Eingang gefunden hat und wo höhere als satzungsmäßige Lokalbeiträge erhoben werden. Zur besseren Uebersicht lassen wir diese Tabelle folgen:

Gau	Zahlstellen	Verwaltungskostenbeiträge	Höhere Lokalbeiträge	Sonstige Lokalmarken
1	58	6	10	5
3	67	13	12	6
4	69	6	7	13
5	105	1	6	5
6	37	13	15	3
7	64	2	4	3
8	55	10	10	3
9	85	55	30	12
10	79	4	18	5
11	51	2	6	1
12	54	9	8	3
13	42	5	6	1
14	39	7	4	3
15	35	11	5	—
16	27	3	4	1
17	37	25	17	—
18	16	5	3	—

Wie diese Tabelle zeigt, sind in einigen Gauen Verwaltungskostenbeiträge von der Mehrheit der Zahlstellen eingeführt, während in andern Gauen die Frage anscheinend wenig Beachtung findet. Es dürfte interessieren, daß die Einführung von Verwaltungskostenbeiträgen in Zahlstellen verschiedenster Struktur erfolgte. Große, kleine sowie rein ländliche Zahlstellen griffen zu der Einrichtung.

Die Zahlstellen haben in richtiger Erkenntnis der Notwendigkeiten der Zeit gehandelt. Die Erhaltung der Einrichtungen und die Fortführung des Verbandslebens in den Zahlstellen geboten eine solche Maßnahme. Unter allen Umständen müssen die Zahlstellen in der Zeit der Wirtschaftskrise arbeitsfähig bleiben. Noch mehr als in Zeiten guter

Die Führer des Dritten Reiches

Wir setzen nachstehend unsere Betrachtungen der Nazi-Führer über die schon im letzten „Zimmerer“ begonnene kurze Biographie dieser Helden des Dritten Reiches fort, und da kommt als erster der Führer Gregor Strasser in Frage. Beim Zusammentritt des Reichstags 1930 wurde festgestellt, daß er wegen Vergehen der verschiedensten Art bereits 28mal vorbestraft war. Seine Eigenschaft als Mitglied des Reichstags schützt ihn vor der Vollstreckung dieser Strafe. Er ist der Mann, der darauf wartet, bis an die Knöchel im Blut waten zu können. Einer der übelsten Gesellen, die es wahrlich in der NSDAP. überreichlich gibt.

Eine ebenso üble Marke ist der Fememörder Heines. Er sucht sich heute noch mit einem Glorienschein zu umgeben und ist stolz auf seine Rolle als Mörder deutscher Volksgenossen. Auch dieser Bursche verdankt es der Amnestie, die seinerzeit von den Kommunisten und Deutschenationalen im Reichstag gegen die Stimmern der Sozialdemokratie beschlossen wurde, daß er nicht noch jahrelang hinter schwedischen Gardinen sitzt.

Der Wirtschaftstheoretiker der Nazioten ist der berühmte Gottfried Feder. Der Mann, der am Tage vor dem Hitler-Putsch im Jahre 1923 in München seine Wertpapiere und Aktien in Sicherheit brachte. Von Beruf ist er Bau-Ingenieur und als solcher sehr vielen Bauarbeitern bekannt. Er ist eifriger Propagandist einer neuen Inflation. Er beschäftigt sich immer mit dem Gedanken, sogenanntes Feder-Geld herauszugeben; seine wirtschaftliche Unkenntnis ist hahnebüchen.

Weil diese Tatsache unbestritten ist, wurde er von dem Ober-Osaf zur Abfassung des Wirtschaftsprogramms der NSDAP. beauftragt.

Prinz Auwi nennt sich der edle Hohenzollern-Sprößling, den die NSDAP. aus der fürstlichen Mottenkiste herausgeholt hat und dem Volke bei feierlichen Gelegenheiten präsentiert. Als Hohenzollern-Sprößling entstammt er einer Familie, in deren Geschichte schon öfter Geisteskranke festgestellt wurden. In Arbeiterversammlungen behauptet er, daß ihm der Kohlrübenwinter 1917 die innige Verbundenheit mit dem Volke beigebracht habe. Er ist ein Arbeiterfreund vom reinsten Wasser. Für das Wohlergehen der Arbeiterschaft in Deutschland opfert er Hab und Gut und ist bereit, seine edle Persönlichkeit im Kampfe um die Freiheit Deutschlands in den Dienst zu stellen.

Zwei besonders edle Marken sind die ehemaligen Naziminister Frick und Franzen. Frick ist als Putschist und Hochverräter bekannt. Er hat für seine Beteiligung im Hitler-Putsch Gefängnisstrafe erhalten. Später wurde er amnestiert. Einige Zeit war er Minister in Thüringen. In dieser Tätigkeit hat er sich besondere Verdienste um die geplante Beförderung Hitlers zum Gendarm von Hildburghausen erworben. Auch gilt er als Autor einer Reihe arischer Schulgebete. Während des Krieges war er da, „wo ihn sein König hingestellt hatte“: in den warmen Amtsstuben von Pirmasens. Jetzt ist er Regierungsrat erster Klasse, im Hauptberuf aber Fraktionsführer der NSDAP. Im Dritten Reich wird dieser Einfaltspinsel Innenminister werden.

Konjunktur müssen die gemeinsamen Interessen der Mitglieder gepflegt und gefördert werden. Die regelmäßige Zustellung unserer Fachorgane trägt dazu bei, die Beziehungen der Mitglieder untereinander zu vertiefen und die fehlenden Zusammenkünfte auf den Arbeitsstellen zu ersetzen. Die Beschaffung der Mittel zur Aufrechterhaltung der Organisationsfähigkeit erfordert große Opferfreudigkeit, sie ist aber eine dringende Notwendigkeit. Unser Verband muß über die Wirtschaftskrise hinaus stark bleiben. Deshalb dürfen die Zahlstellen nicht Opfer der schwierigen Finanzlage werden, sondern die Zahlstellenleitungen sollten mit aller Zähigkeit und Kraft Einrichtungen treffen, die den Zahlstellen über die schwierige Zeit hinweghelfen.

Ebenso berühmt ist der erste Nazioten-Minister von Braunschweig, Dr. Franzen. Im Volksmund wird er Lügen-Franzen genannt. Dieser Titel rührt von verwickelten Angelegenheiten bei der Verhaftung eines Nationalsozialisten her, bei welcher Gelegenheit es Franzen mit der Wahrheit nicht sehr genau nahm.

Die Berliner Spalter unter sich!

Industrieverband für das Baugewerbe nennt sich eine von der KPD. vor Jahren ins Leben gerufene revolutionäre Splitterorganisation. Dieses Verbändchen, das über die Grenzen Berlins hinaus nur noch in einigen Hochburgen der bolschewistischen Narretei bekannt ist, kann weder leben noch sterben. Obwohl dieses Organisationsgebilde vor Jahren mit sehr viel revolutionärem Feuerwerk auf die Bühne gezerrt wurde, ist es doch zeitlebens ein kleines rachitisches Krüppelchen geblieben. Unter dem großen Führer Kaiser, Berlin, konnten sich die „Kaiserlichen“, wie die Berliner Bauarbeiter die Anhänger dieser kapedistischen Bauarbeiterorganisation nannten, nicht zu der großen Massenorganisation entwickeln. Kein Wunder, daß die Herrschaften im Karl-Liebknecht-Haus darob den „Kaiserlichen“ und ihren Führern grollten. Mehr als eine Reinigungsaktion wurde durchgeführt. Unterführer wurden abgesetzt, und schließlich kam auch Kaiser selbst daran. Der Generalstab der „Kaiserlichen“ ging ins Lager der KPD.-Opposition. Zu den alten Stänkereien im Industrieverband für das Baugewerbe gesellten sich neue.

Auf Befehl der KPD.-Leitung würde nun die Taktik geändert, die RGO. gebildet, die neben der Bekämpfung der reformistischen Gewerkschaften die Aufgabe hat, den Kaiserlichen den Dampf abzdrehen. Wer eine Versammlung dieser revolutionären Gruppen mitgemacht hat, der weiß, wie es dabei zugeht. Außenstehende können sich kaum ein Bild davon machen. Es war immer ein wüster Kampf der Cliquen gegeneinander. Einer versuchte den andern vom Thron zu stürzen. Nachdem Kaiser von der revolutionären Welle fortgefegt war, wurde Schiele sein Nachfolger. Da er sich einige Wochen revolutionär gebärdete, ging es gut. Nun aber zeigt sich, daß auch Schiele nicht Präsident der Stänkervereinigung und der gewerkschaftlichen Stachelschweine bleiben kann. Auch er soll fortgefegt werden. In der „Roten Fahne“ vom 19. März wird aufgefordert, daß alle revolutionären Arbeiter des Weddinger Bezirks in der Generalversammlung des „Kaiserlichen Industrieverbandes für das Baugewerbe“ erscheinen sollen, um mit dem Spalter Schiele abzurechnen. Ueber den revolutionären Kollegen Schiele schreibt die

Diese Zierde der Nazioten ist heute wieder Amtsgerichtsrat.

Von den 108 Reichstagsabgeordneten der NSDAP. sind alle außerordentlich wurmstichig. Wir wollen uns heute mit der kurzen Biographie dieser wenigen Führer begnügen. In den nächsten Nummern unseres Verbandsorgans werden wir weitere Führer des Dritten Reiches in das Rampenlicht zerren. Wie es erst bei den Unterführern aussieht und welche Edelinges das sind, das kann man teilweise in den Akten der Gerichte nachlesen. Es ist aber dringend notwendig, daß die „Persönlichkeiten“ dieser Strolche dem ganzen Volke bekannt werden. Alle die Einfaltspinsel, die sich Führer des sagenhaften Dritten Reiches nennen, sind, bei Licht betrachtet, äußerst fragwürdige Zeitgenossen. Von oben bis herab zum kleinsten Unterführer sind die Erneuerer Deutschlands in moralischer und in sehr vielen Fällen auch in krimineller Hinsicht stark belastet. Jeder Leser kann diese Tatsache in seiner Umgebung feststellen. Betrachtet die Führer der braungelben Pest in den Dörfern und in den Städten; überall kann man die gleiche Feststellung machen: sie sind in fast allen Fällen Ausbund der Menschheit.

„Rote Fahne“ unter dem obenerwähnten Datum: „Mit denselben Methoden, mit denen die Sozialfaschisten hunderte revolutionärer Arbeiter aus den Verbänden ausschließen, sie vor die Klassenjustiz schleppen, Prozesse gegen die Arbeiter führen, um ihnen das Verbandsmaterial abzutreiben, arbeiten die Schiele, Corinth und Hempel vom Zentralvorstand (des Industrieverbandes) an der Zerschlagung des „Industrieverbandes für das Baugewerbe“. Und weiter wird mitgeteilt, mit welchen Methoden der kaiserliche Führer Schiele vorgeht. Es heißt dort: „Den 20 Hauskassierern im Wedding ist ein Schreiben zugestellt worden, das die verbrecherische Spaltungspolitik vor allen Augen dokumentiert.“ In diesem Schreiben heißt es weiter: „Auf Grund von Vorkommnissen im Bezirk Wedding hat der Vorstand . . . die Bezirksleitung bis auf weiteres der Funktion enthoben. Sämtliche Hauskassierer werden angewiesen . . . im Verbandsbüro mit dem gesamten Material zu erscheinen und abzurechnen. Kollegen, welche diesen Anweisungen nicht nachkommen . . . haben die Folgen auf sich zu nehmen.“

Der rote Einheitsverband, also die RGO.-Gruppe, ist über das Vorgehen der blaßroten kaiserlichen Industrieverbändler aus dem Häuschen geraten. Sie fordern am Schluß des Artikels in der „Roten Fahne“, „daß alle klassenbewußten Mitglieder und Funktionäre nunmehr Gelegenheit haben, mit den Spaltern abzurechnen. Es sei dringend notwendig — so heißt es — die Einheit aller Bauarbeiter auf dem Boden der Klassenpolitik der RGJ zum gemeinsamen Kampf gegen den Klassenfeind herzustellen.“

In der nächsten Nummer der „Roten Fahne“ wird dann über den Ausgang der Versammlung ausführlich berichtet. Es heißt dort: „Auf der Generalversammlung des Industrieverbandes für das Baugewerbe, die am Sonntag, 20. März, in den Prachtsälen am Märchenbrunnen stattfand, hat der Vorstand unter der Führung der Schiele, Corinth und Hempel die schlimmsten faschistischen Methoden angewandt, um die revolutionäre Opposition niederzuknüppeln . . . Gemeinsam mit der Polizei hat ein Rollkommando den Saaleingang besetzt, um den Oppositionsbezirk Wedding, dessen gesamte Bezirksleitung man kurz vorher diktatorisch abgesetzt hat, mit Gewalt den Zu-

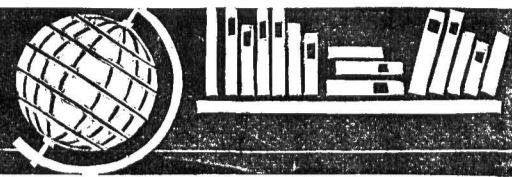
Am 10. April wird über

Demokratie oder Faschismus

entschieden. Die Parole der Gewerkschaften ist die gleiche wie am 13. März:

Wir rufen Euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg Eure Stimme zu geben.

UNTERHALTUNG UND WISSEN



Männer, Köpfe, Charaktere

Anschauungsunterricht für den deutschen Staatsbürger, besonders aber für jene rückgratlosen Unglückswürmer, die — unwürdig der republikanischen Freiheit — im politischen Infantilismus stecken zu bleiben drohen und erst noch zu Staatsbürgern heranreifen müssen; Titel einer Reihe von Mappen mit Bildern republikanischer Führer, Porträts im Format dieses Prospektes. Jede Mappe mit 5 Bildern kostet 50 Pf. Herausgeber: Republikanische Werbestelle des Fackelreiter-Verlages, Berlin W 15, von woher auch namentliche Listen der Abgebildeten kostenlos zu beziehen sind.

Schwerindustrie, lüstern auf neue Profite, beschäftigungslos gewordene Berufsmilitärs, unbelehrbare Anbeter des Giftgases, reaktionäre Gewalten, Nutznießer von Rüstung, Krieg und Inflation, haben sich große Teile des ahnungslosen, wie immer tatwilligen und opferbereiten Jungvolks gekauft, schicken diese bedauernswerte Söldlinge vor gegen die darbenenden, zu Arbeitslosigkeit verdammten großen grauen Massen des deutschen Volkes. Ins gelobte Land ihres Dritten Reiches soll die Fahrt gehen — mit diesem Versprechen machen die Heilande um Hitler alle Spießherren rebellisch, locken sie alle Skat- und Kegelbrüder von den Bierbänken weg in die politische Arena hinein, wo die „erwachten Deutschen“ dann Spielball werden in den Händen dieser machtlüsternen Demagogen. Nationalistische Orgien weisen den Weg nach „Wahn-Europa“. Mit brutalen Vorkriegsmethoden möchte man Deutschland abermals in ein großes „Stahlbad“ hineinkutschieren. Mit infamen Verdächtigungen und dummdreisten Beschimpfungen versucht man all die Millionen Frontsoldaten niederzuknüppeln, die sich sowohl den eitlen Heldendarstellern um Hitler, als auch der im „Stahlhelm“ organisierten, arroganten Etappe jener „Großen Zeit“ mahnend und abwehrend in den Weg stellen als Eiserne Front der im Feuer unsagbarer Leiden politisch gereiften Staatsbürger.

In einer letzten, lärmenden Orgie lassen die Leute um Hitler die Großmannsucht der wilhelminischen Epoche noch einmal auflodern. „Herrlichen Zeiten“ wollen uns gleich dem letzten Hohenzollernkaiser auch jene grünen und braunen Phrasendrescher entgegenführen, jene eitlen Prahlhänse, die sich dem deutschen Volke selber als Heilande anpreisen. Wer sich einigermaßen auf Menschen versteht und vorurteilslos jene Schaumschläger und Gernegroße, jene hüpfenden Micky-Mäuse und randalierenden Studenten, jene Luftküsse, Trapezkünstler und Helden des hohlen Schlagwortes betrachtet, ist entsetzt, daß es im deutschen Volk immer noch Millionen gibt, die solchen Gimpelfängern Gefolgschaft leisten.

Wie anders wirken jene wirklichen politischen Führer, die sich dem Staatswohl verpflichtet fühlten, auch wenn sie unpopulär werden und derart ihre Parteiinteressen beeinträchtigen mußten: Severing zum Beispiel, ein Kopf, gemahnd an Goethe und Hauptmann, ein Bild politischer Besonnenheit, der ruhigen Ueberlegenheit. Weiter etwa das ewig göttlich lächelnde Gesicht Löbes, eines Mannes, der gleichwohl mit fester Hand, mit Takt und starkem Willen die schwere Aufgabe der Reichspräsidentenschaft seit mehr als einem Jahrzehnt vorbildlich erfüllt hat. Es soll wirklich nicht ohne zwingenden Grund Personenkult getrieben werden, aber es ist angesichts der frechen Herausforderung im Hitler-Lager doch endlich einmal an der Zeit, im Bild zu zeigen, wie der wirkliche Typ des politischen Führers aussieht. Diese Bildermappen sollen mit zu der Befähigung beitragen, verantwortungsbewußte Staatsmänner und Politiker zu unterscheiden von skrupellosen Demagogen, von politischen Abenteurern und Hochstaplern.

Ja, der politischen Hochstaperei muß

endlich ein Ende bereitet werden! Aufhören muß auch die Falschmünzerei jener politischen Landsknechte, die sich zu ihrem Dummenfang Teile des sozialdemokratischen Parteiprogramms bemächtigt haben, ohne auch nur im Entferntesten diese den Interessen ihrer schwerindustriellen Drahtzieher zuwiderlaufenden Forderungen ernst zu nehmen. Auf Zerschlagung der Gewerkschaften zielen die Geldgeber der Hitlerbanden hin. Planmäßig ist man darauf ausgegangen, das Vertrauen zur politischen und gewerkschaftlichen Führung zu vernichten. Die Bildermappen sollen das Vertrauen stärken und, soweit nötig, wiederherstellen. Nicht jeder kann die politischen Führer in großen Versammlungen sehen; das Bild soll nun das gesprochene und geschriebene Wort ergänzen und mithelfen, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Massen gut aufgehoben sind, wenn sie diesen Männern, Köpfen, Charakteren ihre Vertretung auch fernerhin anvertrauen.

Die Bilder lassen sich nicht nur als Postkarten, sondern auch als Wandschmuck in Büros, Versammlungsräumen, Jugendheimen usw. gebrauchen.

Jede Mappe ist zwar einzeln zu beziehen, doch raten wir dringend dazu, Sammelbestellungen aufzugeben, die billiger und schneller erledigt werden können. Der bequemste Bezugsweg bleibt Voreinsendung auf unser Postscheckkonto Berlin 832 29. Bei Eingang des mit genauer Bestellung zu beschreibenden Zahlkartenabschnittes werden die Mappen postwendend von uns auf den Weg gebracht.

In Sachen „Fi-Sü“

Von H. Schlackengässer.

Vor einiger Zeit wurde vor dem Großen Schöffengericht in Frankfurt a. M. ein lehrreicher Prozeß geführt. Die Firma „Fi-Sü“ war angeklagt, und die Direktoren wurden wegen fortgesetzten Betruges, wegen Vergehens wider das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu einer Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis und zu 30 000 M Geldstrafe verurteilt. Der Mitangeklagte Sünske wurde wegen Beihilfe zu fortgesetztem Betrug zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten und 5000 M Geldstrafe verurteilt; der Geschäftsführer Schönherr erhielt eine Geldstrafe von 3000 M.

Mit der Firma und mit ihren gemeingefährlichen Praktiken hatte es folgenden Zusammenhang:

Die Firma „Fi-Sü“ wurde 1926 in Frankfurt gegründet und 1927 in eine G. m. b. H. umgewandelt. Der 31jährige Georg Fischer, Baugewerksschüler, dann Verladebeamter bei einer Holzfirma und schließlich Reisender für einen Leipziger Verlag populärer Bücher über Krankheiten, gründete sie zusammen mit dem ehemaligen gräflichen Diener Peter Paul Sünske. Man benannte diese Firma mit den Anfangsbuchstaben der Gründer. Sie sollte sich mit dem Vertrieb von Kräutertee, Pulvern und Lecithinpräparaten befassen. In dem Leipziger Verlag hatte Fischer gelernt, wo und wie die Menschen anzufassen sind, wenn man aus ihrer Schwäche Gewinn ziehen will. Er schuf eine Riesenorganisation mit etwa 50 Angestellten und Arbeitern in der Frankfurter Zentrale mit zwölf Bezirksleitern und mit mehr als 700 Reisenden. Es wurden 72 Rezepte für Kräuter- und Pulvermischungen zusammengestellt, und zwar für 98 Krankheiten und Gebrechen. Auf den Packungen prangte das Zeichen „Fi-Sü“ in chinesischer Schriftform.

Das Geschäft ging glänzend.

Monatlich wurden 80 000 bis 90 000 Pakete eines „wundertätigen“ Tees nach allen Teilen Deutschlands geschickt. Die

Gauner nahmen rund 200 000 M monatlich dafür ein. So ist es auch verständlich, daß Fischer monatlich 1600 M und Sünske 1000 M Gehalt bezogen, daß Frau Fischer im Jahre 1929: 22 676 M und Frau Sünske 17 886 M entnahmen. Damit ließ sich natürlich gut leben, und das hat man auch getan. Fischers in Begleitung von Frau Sünske haben eine Reise nach dem Nordkap zur Nervenstärkung unternommen und außerdem eine Autotour nach Spanien; da das Volk nach Kräutern förmlich lechzte, hat Fischer mit Frau Sünske öfter das Flugzeug benutzen müssen. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß die Kunden zu einer „Liga für Gesundheit und Geisteskultur“ zusammengefaßt wurden. Eine Halbmonatsschrift „He-Le-Ro“ für Heil- und Lebensreform mit einer der üblichen Zeitschriften-Unfall- und -Sterbeversicherung sorgte für die geistige Nahrung dieser Liga. Im wesentlichen diente diese Zeitschrift dazu, durch „fachliche Artikel“ aufklärend zu wirken. Diese Zeitschrift wurde später durch die Zeitschrift „Kritik und Aufbau“ ersetzt. In diesem Buche empfiehlt die „Fi-Sü“ einige hundert Kuren, alle schön numeriert. Die Kur Nr. 34 heilt Epilepsie, Kur Nr. 80 kuriert Gemütsverstimmung, während Kur Nr. 40 von Gelbsucht erlöst. Herzfehler, Lungentuberkulose und Diphtherie sind durch solche Kuren als heilbar bezeichnet.

Was enthielten diese Teepackungen? Das Paketchen Tee, auf dessen Karton in blauem Himmel eine goldene Sonne lächelt, zu der ein Frauenkopf aufleuchtenden und hoffenden Blickes hinaufschaut, kostete 2,65 M und hatte einen Wert von 25 J. Sachverständige und Zeugen gaben in der Gerichtsverhandlung folgende Urteile ab: Der Aufdruck der Teepackungen habe kaum jemals dem Inhalt entsprochen; dagegen sei die Zugabe von Bestandteilen ohne spezifische Wirkung aufgefallen, wie rotfärbendes Sandelholz, Katzenpfötchen und Kornblumen. Sie sollten das Gewicht vermehren und dem Tee eine recht schöne bunte Farbe geben. In einem Paket fand sich ein Heringsschwanz.

Hunderttausende gingen den Gaunern ins Garn. Zusammen mit der angesonnenen Teekurbestellung wurde eine Bestellung auf Urin-, Auswurf- oder Stuhluntersuchung aufgenommen, und die später eintreffende Kurpackung sollte, das nahm der Patient aus der Besprechung mit dem Reisenden an, von dem Ergebnis dieser eingehenden Untersuchung der Ausscheidungen abhängig gemacht werden. Von einem Chemiker, dem vier Hilfsmädchen zur Seite standen, wurden in dem Fi-Sü-Laboratorium monatlich etwa 2000 Harnanalysen vorgenommen, ein Massenverfahren, das von dem Sachverständigen als grob unwissenschaftlich bezeichnet wurde. Aber auf das Ergebnis dieser Untersuchung kam es bei der Kurverabfolgung gar nicht an. Das Laboratorium war eben auch nur ein Aushängeschild für das Geschäft. Meist hatten die Analysen das gleiche Ergebnis: vermehrte Harnsäure, Arterienverkalkung und ähnliches; ja, es wurden Erkrankungen festgestellt, deren Nachweis durch solche Analysen gar nicht möglich ist. Ein mißtrauischer Bremer hatte Schweineurin zur Untersuchung eingesandt und erfuhr zu seinem Erstaunen, daß er an Gefäßverkalkung und mangelhafter Stoffausscheidung leide und unbedingt eine Kur gebrauchen müsse.

Die gerissenen Gauner haben in den Monaten ihrer Tätigkeit einige hunderttausend Mark verdient. Jetzt müssen sie zwar brummen, aber andere Gauner werden erneut an die Pforten der arbeitenden Bevölkerung pochen und versuchen, ihnen Tee, Zeitschriften, Bücher und sonstige Dinge gegen teures Geld anzudrehen. Immer wieder gibt es Dumme, die auf diese Schwindeleien hereinfallen. Die Dummen werden nun einmal nicht alle.

Lebensmüde

Die Zahl derer, die ihr Leben durch Freitod enden, ist in den letzten Jahren außerordentlich gestiegen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern. So berichtet die Deutsche medizinische Wochenschrift. Am stärksten sind hiernach die Zahlen in Deutschland, der Schweiz und Japan. Von den deutschen Ländern wiesen die höchsten Freitodziffern Hamburg, Sachsen und Thüringen auf.

Ausdrücklich wird anerkannt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Notzeit von wesentlichem Einflusse sind an der Steigerung der Freitodziffer, aber auch noch andere Umstände sind anscheinend mitbestimmend, Umstände, die sich jedoch wahrscheinlich letzten Endes auch wieder zurückführen lassen auf die große Not.

Auch frühere Zeiten kannten ein Ansteigen der Freitodziffer, und „jede Generation hatte in den letzten Jahrhunderten ihre besondere Verderbtheit aus der angeblichen Zunahme des Selbstmordes geschlossen“. Aber in der Beziehung sind wir doch heute aus der Not der Zeit heraus sittlich gereift, daß die Menschen den „Selbstmörder“ heute milder beurteilen, was ja auch in dem immer mehr anerkannten Wort Freitod zum Ausdruck kommt.

„Der Selbstmord ist in letzter Zeit milder beurteilt worden“, heißt es hierüber in der genannten Zeitschrift, „einerseits aus der Erkenntnis heraus, daß ein größerer Teil durch Geisteskrankheit oder geistig stark abnorme Veranlagung verursacht oder mitbedingt ist, andererseits infolge der wachsenden Geneigtheit der Bevölkerung, die Gründe zum Selbstmord in starkem Mitgefühl für die im Lebenskampfe Gescheiterten voll zu würdigen.“

Die tiefsten ethischen Wurzeln sind im wirtschaftlichen, sozialen Verstehen, im Miterleben und Mitbegreifen aus der Umwelt der Menschen heraus.

Was der Krieg kostet

Nicht nur in Deutschland, überall in der Welt gibt es Kriegshetzer, diese Gesellschaft ist international, und nicht nur bei uns, in allen Ländern werden die nationalistischen Kreise wirksam bekämpft von der organisierten Arbeiterschaft. So auch in Frankreich, deren Reaktionen bestimmt nicht besser sind als in unserm lieben Vaterlande. Kürzlich hat nun die französische sozialistische Partei ein Flugblatt herausgebracht, in dem eine interessante Statistik über die Kriegsausgaben aller kriegführenden Mächte zum Nachdenken anregt. Insgesamt sind im Kriege und für den Krieg nicht weniger als 10 000 Milliarden Franken ausgegeben worden.

„Hätte man diese Mittel“, so heißt es in dem Flugblatt, „anstatt sie in der Kriegführung zu verschwenden, für friedliche Zwecke benutzt, dann hätte man für jede Familie in Frankreich, England, Belgien, Deutschland, den Vereinigten Staaten und Kanada eine Villa im Werte von 100 000 Franken erbauen können. Man hätte in jeder Stadt von über 200 000 Einwohnern ein Hospital im Werte von 125 Millionen Franken, eine Bibliothek im gleichen Werte, eine Universität von 250 Millionen Franken erbauen können. Man hätte dazu noch 125 000 Professoren und dieselbe Zahl von Aerzten einstellen können. Aber auch dann wäre immer noch ein Betrag übriggeblieben, der dem Gesamtvermögen von Frankreich und Belgien entspreche. Der Kapitalismus aber habe mit den Kriegsausgaben weiter nichts erreicht als 13 Millionen Tote und 21 Millionen Verletzte, Verstümmelte, Blinde, Vergaste.“

Werdet Mitglied der Büchergilde Gutenberg
Auskunft erteilen die Vertrauensleute des Deutschen Buchdruckerverbandes

Bekanntmachungen

Zentralvorstand

Kassengeschäftliches

Das 1. Quartal war buchmäßig mit dem 26. März beendet. Die Abrechnung für die Zentralkasse ist umgehend aufzustellen und nach der Kontrolle durch die Revisoren bis spätestens zum 15. April mitsamt den restlichen Zentralfondsbeträgen an die Zentrale zu überweisen. Ebenso sind auch die etwaigen für die Zentralkasse bestimmten Ausgabebelege bis zu dem bezeichneten Termin einzusenden.

Der Vordruck über die Mitgliederbewegung ist unter allen Umständen gewissenhaft auszufüllen und dem Rechnungsabschluß beizufügen. Sofern eine Beitragsmarkensorte in der Zahlstelle nicht mehr gebraucht wird, ist dieser Markenbestand unter Beifügung eines Rücklieferungsscheines ebenfalls mit der Abrechnung einzusenden. Nicht zu versäumen ist die Einsendung der Invalidenunterstützungs-Quittungen. Hierzu ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß an die Hinterbliebenen Verstorbener Invalidenunterstützung nicht mehr zur Auszahlung gelangen darf. Die sich auf solchen Fall beziehenden Quittungen sind stets separat einzusenden.

Der Zentralvorstand.

Zahlstellenberichte

Hamburg. (Jahresbericht.) In unserer Generalversammlung am 6. März gedachte der Vorsitzende der im Berichtsjahr verstorbenen Kameraden und die Ehrung erfolgte in der üblichen Weise. Um die notwendigen Wahlen zum Vorstand im Laufe der Versammlung zu ermöglichen, schlägt der Vorsitzende vor, einen Antrag des Vorstandes, wonach die Urwahl nicht vorgenommen werden sollte, wenn aus weniger als einem Drittel der Bezirke Gegenvorschläge eingehen, vorweg zu erledigen. In allen Bezirken wurde dazu Stellung genommen, und nur zwei haben einen andern Vorschlag zur Besetzung der Vorstandsämter gemacht. Nach einer kurzen Aussprache wurde der Antrag mit allen gegen 1 Stimme angenommen. Im Kassenbericht spiegelt sich die Auswirkung der Wirtschaftskrise sehr deutlich wider. Die Ausgaben der Hauptkasse für unsere Zahlstelle in der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung betragen 81 560,65 M gegenüber einer Beitragseinnahme von 104 057,25 M. Die Zahl der unterstützten Invaliden-Mitglieder ist auf 135 gestiegen. Hierfür wurden 14 686 M oder 2540 M mehr als im Vorjahre ausgegeben. An Streikunterstützungen wurden 43 424,35 M und für Rechtsschutz 2414,63 M verausgabt. Trotz der starken Belastung der Hauptkasse und des enormen Rückganges an Beiträgen, war es der Hauptkasse möglich, die statutarischen Verpflichtungen der Mitgliedschaft gegenüber zu erfüllen. Die Lokalkasse schloß bei einer Einnahme von 48 094,25 Mark gegen eine Ausgabe von 72 733,48 Mark mit einem Verlust von 24 639,23 M ab. Ein vom Vorstand am Schluß des II. Quartals gestellter Antrag auf 20 % Extrabeitrag für in Arbeitstehende wurde in einer Urabstimmung mit 50 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Nachdem die Abrechnung des III. Quartals zeigte, daß die Errichtung der freien Bestattung in Frage gestellt sei, beschloß die Zahlstellenversammlung vom 1. Dezember an den Bestattungsbeitrag auf 20 % für in Arbeitstehende zu erhöhen und von den Erwerbslosen 5 % zu erheben. Diese Erhöhung brachte in den letzten vier Wochen des Jahres eine Einnahme von 569,85 M. Die Entschädigung der Bezirkskassierer betrug 10 000 M weniger als im Vorjahr. Trotzdem haben sie ihre Tätigkeit treu und gewissenhaft ausgeübt. Ihnen wurde der besondere Dank ausgesprochen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Berichtsjahres 4156, davon 250 Jungkameraden. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit

enorm gestiegen ist. Im Zahlstellengebiet betrug die Zahl der erwerbslosen Zimmerer im Januar 2281 und im Dezember 2955. In dieser schweren Zeit den Roten Einheitsverband zu gründen und damit die Schlagkraft der Organisationen zu unterbinden, steht einzig da in der deutschen Arbeiterbewegung. Dieser Verrat war der kommunistischen Opposition vorbehalten. Zwei Mitglieder- versammlungen, die stark besucht waren, beschäftigten sich mit den Spaltungsbestrebungen und nahmen einmütig Stellung dagegen. Beim Arbeitsgericht wurden 19 Klagen mit vollem Erfolg vertreten, sie ergaben eine Summe von 2683,69 M, und 5 Klagen auf dem Vergleichswege mit einer Summe von 226 M. Unfall- und Invalidenversicherungseinsprüche waren in 67 Fällen zu vertreten. Die Lohnabbauverhandlungen haben sich äußerst schwierig gestaltet, und es konnten die Zumutungen der Unternehmer abgewehrt werden. In der Aussprache über die Berichte wurde die Tätigkeit des Vorstandes allgemein anerkannt. Nachdem über die Revision sowie einer Zwischenrevision berichtet wurde, ist dem Gesamtvorstand einstimmig Entlastung erteilt worden. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden gegen vier Stimmen wiedergewählt.

Körlin (Persante). Am 19. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Kamerad Kehl, Stettin, referierte über „Das Kampfjahr 1932“. In seinen Ausführungen wies er nach, daß nicht der Marxismus schuld ist an der Wirtschaftskrise, wie es unsere Gegner immer behaupten, sondern der Krieg und das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem. Auch machte der Redner an Beispielen klar, wie durch Ueberproduktion und Verschiebung der Absatzgebiete die Arbeitslosigkeit entstanden ist und wie sie weiter hoch gehalten wird. Zum Schluß forderte er die Ankurbelung der Bauwirtschaft, weil das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe die Wirtschaft wieder beleben kann. Eine Aussprache fand nicht statt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die freien Gewerkschaften von Stettin in den nächsten Tagen in ihr neues Heim übersiedeln, auch unser Gaubüro wird dort untergebracht werden. Weiter wurden die Kameraden aufgefordert, sich in die Eiserne Front einzureihen. Der Organisation die Treue zu halten und sich zusammenzuschließen in der durch Kampf erprobten Front der freien Gewerkschaften, das ist die Pflicht der gesamten Arbeiterschaft.

Ronneburg i. Th. Am 6. März fand nach dem Aufmarsch der Eisernen Front die von der Gauleitung angesetzte Versammlung statt. Kamerad Pieger, Gera, referierte über das Kampfjahr 1932 und führte alle die Machenschaften an, die das Unternehmertum und ihre Knechte, die Nazis, gegen die Arbeiterschaft treiben. Es gilt, einig und geschlossen diesen Todfeinden der Arbeiterschaft entgegenzutreten. Der Redner erledigte vortrefflich seine Aufgabe. Alle Kameraden verfolgten seine Ausführungen mit großem Interesse. Anschließend wurde der Kartellbericht erstattet. Hierauf nahm der Vorsitzende die Ehrung von zwei Kameraden, die eine 25jährige Mitgliedschaft aufweisen, vor und appellierte an die Kameraden, mit der gleichen Energie und Treue zum Verbands zu stehen wie die Jubilare. Den Jubilaren wurden die vom Zentralvorstand gestifteten Ehrenurkunden überreicht. Der Vorsitzende ermahnte die Kameraden, das Gehörte zu beherzigen und in diesem Sinne zu handeln. Mit einem Hoch auf die Jubilare und dem Zentralverband fand die anregende Versammlung ihren Abschluß.

Stettin. (Jahresbericht.) Nach Bekanntgabe der Abrechnung vom vierten Quartal und des Jahreskassenberichts erstattete der Vorsitzende in unserer Generalversammlung am 14. Februar den Jahresbericht. Er führte aus, daß im verflossenen Jahre Not und Entbehrung ständige Gäste im Haushalt unserer Kameraden waren. Im Jahresdurchschnitt waren in der Zahlstelle 60 % der Kameraden ohne Beschäftigung. Die Bautätigkeit hat im Zahlstellengebiet gegenüber dem Vorjahre um 50 % abgenommen. Infolge der Auswirkung der ungeheuren

Arbeitslosigkeit ist es auch in Pommern nicht gelungen, die bestehenden tariflichen Vereinbarungen zu halten. Wenn es bei Abschluß des Tarifvertrages auch gelungen ist, Verschlechterungen gegenüber dem alten Vertrag zu verhindern, so war uns dies bei den Lohnverhandlungen leider nicht möglich. Der Lohn wurde um 10 % gesenkt. Versammlungen fanden 6 statt und 4 Vorstandssitzungen. Der Vorsitzende appellierte an die Kameraden, treu und geschlossen zum Verbands zu stehen. Anschließend berichtete der Jugendleiter über die Jugendbewegung. Er zeigte den Weg, der gegangen werden muß, um in der heutigen Zeit, wo selbst die Lehrlinge von der Arbeitslosigkeit nicht verschont bleiben, die Jugend zu fesseln und zu tüchtigen Gewerkschaftern zu erziehen. Der seit Mitte des Jahres angestellte Bautenkontrollleur gab der Versammlung ebenfalls einen Bericht über seine bisherige Tätigkeit und über die Erfahrungen, die er in dieser Zeit gesammelt hatte. Die dann folgende Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes. Im Punkt „Verschiedenes“ fand ein Vorschlag des Vorstandes, ab 1. März 1932 auf jede Freimarke einen Verwaltungsbeitrag von 10 % zu erheben, die Zustimmung der Versammlung.

Ueckermünde. (Jahresbericht.) In der am 21. Februar tagenden Versammlung schilderte der Vorsitzende den Verlauf des Wirtschaftsjahres 1931 und seine Einwirkung auf unser Zahlstellengebiet. Die Arbeitsverhältnisse waren als sehr ungünstig zu bezeichnen. Ein großer Teil der Kameraden war gezwungen, außerhalb in Arbeit zu treten. Insgesamt waren 13 Versammlungen, um die Geschäfte zu erledigen, notwendig. Durch die Wirtschaftslage beeinflusst, war die Agitation im Zahlstellengebiet nicht von dem Erfolg begleitet, den man zu Beginn des Jahres erhoffte. Trotzdem dürfen wir nicht erlahmen, um auch in Zukunft alle Kraft daranzusetzen zur Stärkung und Einigkeit der Zahlstelle, die heute mehr denn je notwendig ist.

Baugewerbliches

Ein Schwindelunternehmen

Als Schwindelfirma entpuppt sich jetzt eine seit einigen Wochen in Ostfriesland unter dem Namen „Bauschutz AG. Bremen“ tätige Spezialfirma zur Beseitigung von Hausschwamm. Bei verschiedenen Bauherren hatte sie ihren Sitz in Neumünster-Brachenfeld, Hauptstraße 80, angegeben. Als Stammpersonal waren in Ostfriesland außer einem Geschäftsführer namens Walter Tönhart noch zwei Maurer tätig. Durch das Arbeitsamt Leer wurden drei Maurer und ein Zimmerer nach der obigen Firma vermittelt. Einige Tage später wurde noch ein Arbeiter aus Weener eingestellt. Einen Tag vor dem Lohnzahltag ist der Geschäftsführer mit dem Stammpersonal unter Mitnahme der Papiere, Invaliden- und Steuerkarten usw., flüchtig geworden. Erwähnt sei noch, daß eine Anmeldung der Arbeiter bei der Krankenkasse nicht erfolgt ist. Die Firmeninhaber prellten nicht nur die Arbeiter um ihren Lohn, sondern sie bezahlten zudem auch nicht die ihnen von verschiedenen Firmen gelieferten Materialien. Außerdem sollen sie an verschiedenen Stellen Zechprellereien begangen haben. Die Kameraden seien hiermit vor dieser Schwindelfirma gewarnt.

Gewerkschaftliches

5. Ausschuß-Sitzung des ADGB.

Am 22. März 1932 trat der Ausschuß des ADGB im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 5. Tagung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Leipart

in ehrenden Worten Paul Umbreits, der am 21. März mitten aus einer reichen Tätigkeit heraus uns entrissen worden ist.

Leipart leitete seinen Bericht mit einer Darlegung der Gründe ein, die den Bundesvorstand zu einer Verlegung des Termins für den außerordentlichen Gewerkschaftskongreß veranlaßt haben. Der Kongreß wird in der Woche nach dem 10. April stattfinden. Der Bundesausschuß stimmte der Verschiebung des Kongresses zu.

Die gewerkschaftliche Betreuung der Arbeitslosen wird noch auf lange Zeit hinaus eine der zentralen Aufgaben der Gewerkschaften sein. Der Bundesvorstand hat sich in seinen letzten Sitzungen besonders eingehend mit ihren Organisationsmöglichkeiten beschäftigt. Von seiten eines Verbandes war angeregt worden, eine besondere Organisation der Arbeitslosen im Anschluß an die Ortsausschüsse aufzuziehen. Nach Auffassung des Bundesvorstandes kommt eine besondere Organisation der Arbeitslosen nicht in Frage, vielmehr bleibt es Aufgabe der Verbände, die Beitragsbedingungen für ihre arbeitslos werdenden Mitglieder so zu erleichtern, daß sie ihre Mitgliedschaft in den Verbänden aufrecht erhalten können. Zur geistigen und materiellen Betreuung der Arbeitslosen bei der Beschaffung von Mitteln und Arbeitsmöglichkeiten leisten die Ortsausschüsse bereits Außerordentliches. Gewerkschaftliche Arbeitslosen-Ausschüsse werden für die zweckmäßige Zusammenfassung der Arbeitslosen zu empfehlen sein. Die Verbindung mit allen Stellen, die sich der Vorsorge für die Arbeitslosen widmen, sollte von den Ortsausschüssen besonders gepflegt werden. Die jugendlichen Arbeitslosen müssen mit besonderer Hingabe betreut werden. Gerade die letztere Aufgabe gehört zu den wichtigsten, vor die die Gewerkschaften gerade in dieser Zeit der Not gestellt sind. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes, der in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten stark propagiert wird. Die arbeitsmarktpolitischen und arbeitsrechtlichen Bedenken, die gegen die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes bestehen, sind im Märzheft der „Arbeit“ von Dr. Bruno Broecker behandelt worden. Es kommt darauf an, nur solche Arbeiten auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchführen zu lassen, die eindeutig zusätzliche Arbeiten sind und weder arbeitsmarktpolitisch noch arbeitsrechtlich eine Gefahr für die Arbeiter bedeuten.

In der Aussprache wurde von den Verbandsvertretern betont, daß alle Gewerkschaften sich nachdrücklich bemühen, die arbeitslos gewordenen Mitglieder durch Erleichterung der Beitragszahlung den Organisationen zu erhalten. Eine besondere Organisation der Arbeitslosen zu schaffen, wurde entschieden abgelehnt. Die Betreuung der Arbeitslosen muß in erster Linie eine Aufgabe der Verbände bleiben. Der Bundesausschuß war der Meinung, daß die Kommission für Verwaltungsreform eine einheitliche Stellungnahme vorbereiten soll.

In der Debatte wurde auch von einer Reihe von Verbandsvertretern darauf hingewiesen, daß bei Arbeitsanfall sehr häufig eine namentliche Anforderung von Arbeitskräften üblich ist. Gegen diese vom Gesetz zugelassene Praxis wurden Bedenken geltend gemacht, weil dadurch vielfach langfristig Arbeitslosen erschwert wird, wieder in Arbeit zu kommen. Demgegenüber wurde von seiten des Bundesvorstandes hervorgehoben, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf dem Wege des Tarifvertrages möglich ist, durch besondere Bestimmungen über die Benutzung der Arbeitsnachweise eine Änderung zu erreichen.

Wir schlagen Hitler!

Am 10. April muß die braungelbe Mordpest, die Partei Hitlers, vernichtend geschlagen werden. Die Eiserne Front ruft Euch auf:

Wählt Hindenburg!

Wirtschaftspolitisches

So müßte es sein!

Eine Tagung der Internationalen Handelskammer in Paris gab dem neuen Vizepräsidenten der Kammer, dem Deutschen Abraham Frowein, Gelegenheit, auf den internationalen Austausch von Menschen, Gütern, Diensten und Krediten zu sprechen. Dabei führte er folgendes aus:

„Die außerordentlichen Preisstürze infolge der nach dem Kriege entstandenen Uebererzeugung wären überwunden worden, wenn der internationale liberale Austausch von Menschen, Gütern, Diensten und Krediten rechtzeitig wieder hergestellt wäre. Heute ist an die Stelle dieses Austausches eine steigende Absperrung getreten. Anstatt daß die Gläubigerstaaten Waren aufnehmen und neue Kredite geben, sperren sie sich durch Schutzzölle oder andere Maßnahmen ab, versuchen Schulden einzutreiben, weigern sich aber, sie in Form von Waren abzunehmen. Die Versuche der Währungsbanken, mit ihren Mitteln die Folgen des Abziehens von Krediten zu mindern, mußten erfolglos bleiben, da sie mit ihrem Gold höchstens Spitzenbeträge der internationalen Verschuldung ausgleichen könnten. Die Anhäufung des Goldes an einigen Stellen ist nicht Ursache, sondern Folge der Krise.“

Wir stimmen mit Herrn Frowein überein. Es kommt uns aber eigentümlich an, daß Frowein und seine ausländischen Kollegen in der IHK. es nicht vermögen, ihre Regierungen soweit zu beeinflussen, daß die Schwierigkeiten des internationalen Güter- und Kreditaustausches wenigstens teilweise behoben werden können.

Der reaktionäre Kurs bleibt

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist zu einer wirtschaftspolitischen Tagung zusammengetreten. Man wandte sich gegen die englischen Schutzzölle, und stellte fest, daß die Grundlage des deutsch-englischen Handelsvertrages einseitig zuungunsten Deutschlands verschoben worden sei. Von der Reichsregierung wird erwartet, daß die deutsche Industrie durch diese einseitige Vormachtstellung Englands nicht geschädigt würde. Bezüglich der sozialpolitischen Fragen hat man den alten Kurs festgehalten. Es müsse nach Meinung des Präsidiums des Reichsverbandes „auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen ein Zustand geschaffen werden, der freie Vereinbarungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit ermöglicht“. Man glaubte diese Forderung durch den Zusatz schmackhafter zu machen, daß dadurch mehr Arbeitskräfte wieder Beschäftigung finden könnten. Daß letzteres keineswegs bewiesen ist, steht fest. Die seit einem Jahr eifrig betriebene Herabsetzung der Löhne hat die Krise keineswegs gemildert, sondern nur verschärft. Es ist bezeichnend, daß der Reichsverband der deutschen Industrie den reaktionären Kurs innehält und ihn immer wieder in öffentlichen Verlautbarungen betont.

Die Leute, die heute das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie verkörpern, sind die alten geblieben. Sie haben nichts hinzugelernt.

Reichshilfe für die Sanierung der Großschiffahrt

Das deutsche Wirtschaftsleben wird immer wieder durch Zusammenbrüche und Stützungen beunruhigt. Jetzt ist die Sanierung der deutschen Großschiffahrt notwendig geworden. Die Reichsregierung hat den Reedereien eine Kreditgarantie von 77 Millionen Mark gegeben, wovon 7 Millionen Mark für die Tramp-Reedereien bestimmt sind. Die beiden Großreedereien, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, erhalten naturgemäß den größten Teil des durch die Hilfe des Reiches garantierten Kredits. Die beiden genannten Reedereien müssen ihr Aktienkapital von 10 : 3 auf 48 Millionen Mark zusammenlegen. Die Reserven werden aufgelöst und eine Spezialreserve von 24 Millionen Mark gebildet. Zur Abdeckung von Verlusten und zur Abschreibung der Anlagewerte werden bei der Hapag 185 Millionen und

beim Lloyd 180 Millionen Mark verwandt. Die Ersparnismaßnahmen sollen verschärft fortgeführt werden. Das bedeutet Einschränkung und neue Entlassung von Personal. Die zu erwartenden Freigabegelder für die im Krieg abgelieferten Schiffe aus den Vereinigten Staaten werden dem Reich übereignet. Neben der Kreditgarantie gewährt das Reich eine sogenannte Abwrackhilfe von 23 Millionen Mark. Mit Hilfe dieser Summe sollen alte Schiffe verschrottet und die Gesellschaften später in die Lage versetzt werden, Neubauten vergeben zu können. Bescheiden wie die Reichsregierung nun einmal ist, begnügt sie sich mit einer geringen Vertretung in dem gemeinsamen Aufsichtsrat der beiden Gesellschaften. In den Vorstand wird kein Delegierter der öffentlichen Hand entsandt. — Die deutsche Großschiffahrt galt einstmals als der blühendste Wirtschaftszweig Deutschlands. Jahrzehnte hindurch hat sie auf dem Weltmarkt eine bedeutende Rolle gespielt. Nun mußte auch sie öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen. Das Streben nach Autarkie und andere Folgen des Krieges und der Krise haben zu einer fortschreitenden Schrumpfung des gesamten Weltverkehrs geführt. Dadurch wurde die Schiffahrt empfindlich getroffen. Es ist ein Symptom, daß heute Wirtschaftszweige als Empfänger öffentlicher Gelder auftreten, die ehemals als unüberwindlich galten. Zu bedauern ist dabei, daß die Reichsregierung keinen stärkeren Einfluß auf die Schiffahrt genommen hat.

Eine der häufigsten Unfallursachen



Bestell Nr. — 416 — des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften Berlin W9

An Arbeitsmaschinen sind im Laufe des letzten Berichtsjahres des Reichsversicherungsamts 192 Unfälle oder Fälle vorgekommen. Dagegen beim Transport 1294 und durch Fall von Personen 620. Allein infolge Fallens über umherliegende Gegenstände, Abfälle und dergleichen sowie sonst auf ebener Erde und ebenem Boden wurden 39 678 Unfälle gemeldet, von denen über 2000 entschädigungspflichtig, also mit schweren Verletzungen verbunden, und auch eine erhebliche Anzahl tödlich waren.

Die größte Gefahr in den gewerblichen Betrieben und Fabriken liegt also heute durchaus nicht mehr in den Arbeitsmaschinen, die die meisten Menschen als besonders gefährlich ansehen. Viel mehr Unfallmöglichkeiten werden leichtsinnig und unüberlegt heraufbeschworen durch absolut vermeidbare Unvorsichtigkeiten, Rücksichtslosigkeiten und durch Unordnung im Betrieb.

Helte Ordnung halten!

Arbeiterversicherung

Der Kampf um die Invalidenversicherungsbeiträge der Arbeitslosen

Für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft auf die Invalidenversicherung der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung sieht das Arbeitslosenversicherungsgesetz Bestimmungen vor, nach denen die Reichsanstalt verpflichtet ist, die für die Sicherung der Leistungsansprüche notwendigen Beiträge zu entrichten. Zur Leistung der Beiträge, wie sie im § 129 des Arbeitslosenversicherungs-

gesetzes vorgeschrieben sind, ist die Reichsanstalt nur verpflichtet, wenn der Arbeitslose tatsächlich Unterstützung bezieht und die Aufrechterhaltung der Anwartschaft auf die Invalidenversicherung durch die Arbeitslosigkeit dem Arbeitslosen verlorenginge. Die Bestimmungen des § 129 fanden in einer Entscheidung des Spruchsenats vom 4. Dezember 1931 (III a AR 300/31) eine sehr bedenkliche Auslegung.

Ein Arbeitsloser hatte schon vor seiner Arbeitslosmeldung 14 Beiträge in seiner Invalidenkarte geklebt. Vor Ausscheiden aus der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung beantragte er, die noch fehlenden sechs Marken (da innerhalb zwei Jahre mindestens 20 Marken geklebt sein müssen) durch das Arbeitsamt zu kleben. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes hat dies abgelehnt, da die Anwartschaft beim Ausscheiden des Klägers aus der Krisenunterstützung noch nicht bedroht gewesen sei. In seinem Einspruch gegen diese Auffassung machte der Arbeitslose geltend, daß er ohne Verdienst und deshalb nicht in der Lage sei, die Anwartschaft durch die freiwilligen Beiträge aufrechtzuerhalten. Der Spruchausschuß hat dem Einspruch auch stattgegeben, und er war der Ansicht, das Arbeitsamt müsse die fehlenden Beiträge entrichten, da die Arbeitslosigkeit auch nach Beendigung der Unterstützung noch fortbestanden habe und kein Dritter, insbesondere kein Arbeitgeber, zur Beitragsleistung verpflichtet sei. Auf die Berufung des Vorsitzenden des Spruchausschusses hat die Spruchkammer die Sache an den Spruchsenat abgegeben zur grundsätzlichen Entscheidung der Rechtsfrage, ob auf Grund des § 129 Beiträge zur Erhaltung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung zu entrichten sind, wenn der Arbeitslose schon vor Beginn der entsprechenden letzten Wochen des Anwartschaftszeitraumes, die zur Erhaltung der Anwartschaft durch Beiträge noch gedeckt werden müssen, aus der Krisenunterstützung ausgeschieden ist. Die Entscheidung des Spruchsenats hatte folgenden Wortlaut:

Sind für einen laufenden Anwartschaftszeitraum der Invalidenversicherung zur Erhaltung der Anwartschaft noch Wochenbeiträge zu entrichten, scheidet der Arbeitslose aber vor Beginn der entsprechenden letzten Woche des Anwartschaftszeitraumes aus dem Bezug der Unterstützung aus, so ist das Arbeitsamt nicht verpflichtet, die fehlenden Beiträge zu leisten.

Das heißt mit andern Worten, daß ein Arbeitsloser, der wegen Erreichung der Höchstdauer aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert ist, keine Marken zur Aufrechterhaltung seiner Anwartschaft auf die Invalidenversicherung vom Arbeitsamt zu beanspruchen hat, wenn seine Invalidenkarte erst 20 Wochen oder später nach Beendigung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung umgetauscht werden muß. In der Begründung zu dieser Entscheidung wird auf frühere Auslegung des § 129 AVAVG. eingegangen, wonach das Arbeitsamt nicht verpflichtet ist, nachträglich die Beiträge zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft auf die Invalidenversicherung für den Arbeitslosen zu entrichten. Nach § 129 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind während des Bezuges der Hauptunterstützung die zur Erhaltung der Anwartschaft notwendigen Beiträge zu leisten. Es sind also nicht „für“ die Zeit des Bezuges der Hauptunterstützung die Beiträge zu entrichten. Demgemäß beginnt die Pflicht des Arbeitsamtes spätestens von dem Zeitpunkt an, der sich ergibt, wenn man vom Ende des laufenden Anwartschaftszeitraumes in der Invalidenversicherung diejenigen Zahlen von Beitragswochen zurückrechnet, die an der zur Erhaltung der Anwartschaft erforderlichen Mindestzahl für die Anwartschaft noch fehlen. Ist dadurch der Arbeitslose bereits vor diesem Zeitpunkt aus der Unterstützung ausgeschieden, so ist das Arbeitsamt nicht verpflichtet, die Beiträge für ihn zu gewähren. Nach Ansicht des Spruchsenats ist in diesen Fällen die Anwartschaft noch nicht gefährdet. Der Zeitraum nach Beendigung des Unterstützungsbezuges ist noch ausreichend groß, so daß die Anwartschaft erhalten werden kann, auch wenn die Beitragsentrichtung erst nach

Beendigung des Unterstützungsbezuges beginnt. Umstände, die erst nachträglich eintreten (Unmöglichkeit der Leistungen) müssen für die Arbeitslosenversicherung außer Betracht bleiben. Weiter betont der Spruchsenat, daß es auch unerheblich sei, ob im Einzelfall die Arbeitslosigkeit nach dem Ausscheiden aus der Hauptunterstützung noch fortbestanden hat oder ob und in welchem Umfang der Arbeitslose wieder Beschäftigung fand. Unberücksichtigt muß ferner bleiben, ob der einzelne Arbeitslose nach seinen Vermögens- und Einkommensverhältnissen in der Lage ist, freiwillige Beiträge zu leisten und dadurch die Anwartschaft zu erhalten.

Das sind ganz schwerwiegende Ausführungen des Spruchsenats. Ungeachtet der wirklichen Anwartschaftsunterhaltung in der Invalidenversicherung für den Arbeitslosen wird zum Ausdruck gebracht: Was kümmert es die Arbeitslosenversicherung, wie der Arbeitslose nach Ausscheiden aus der Unterstützung seine Beiträge bestreitet. Kommt der Arbeitslose in die Wohlfahrtsfürsorge, dann leistet die Wohlfahrtsbehörde die Beiträge. Hat er aber keinen Anspruch auf gemeindliche Wohlfahrtsunterstützungen und kann er auch in keine versicherungspflichtige Beschäftigung kommen, so ist es dem Arbeitslosen nicht möglich, seine Anwartschaft auf die Invalidenversicherung ausrechtzuerhalten. Tausende werden durch diese unsoziale Einstellung ihre Ansprüche auf die Invalidenversicherung verlieren. Soll das vielleicht der Sinn der Entscheidung der höchsten Instanz in der Arbeitslosenversicherung sein?

Arbeitsrechtliches

Gewerkschaftliche und politische Betätigung von Betriebsvertretungsmitgliedern

Die gegenwärtigen besonders zerrissenen politischen und gewerkschaftlichen Verhältnisse bringen es mit sich, daß die Betriebsvertretungsmitglieder als Hauptfunktionäre der Arbeiterbewegung ununterbrochen gezwungen sind, sich auf diesem Gebiete zu betätigen. Sie kommen dabei nicht selten in Konflikt mit dem Betriebsrätegesetz. Dieses als objektives, auf alle Arbeiter gleichermaßen anwendbare Gesetz steht selbstverständlich der einseitigen politischen und gewerkschaftlichen Amtsführung von Betriebsvertretungen an sich entgegen, was sich außerdem noch ganz besonders aus dem § 66 Ziffer 3 und 6 des Betriebsrätegesetzes ergibt. Verstöße gegen diese Gesetzesbestimmungen können einen Grund zur Amtsenthebung wegen gröblicher Verletzung der gesetzlichen Pflichten gemäß § 39 und 41 des Betriebsrätegesetzes bilden. Soweit Betriebsvertretungsmitglieder sich jedoch nur als Betriebsratsangehörige während der Arbeitszeit innerhalb des Betriebes politisch oder gewerkschaftlich betätigen, wird dies durch das Betriebsrätegesetz allerdings nicht berührt. In solchen Fällen kann es sich vielmehr um Verstöße gegen die arbeitsvertraglichen Verpflichtungen handeln, etwa um unbefugtes Verlassen der Arbeitsstelle oder um beharrliche Arbeitsverweigerung gemäß § 123 Absatz 1 Nr. 3 der Reichsgewerbeordnung, oder um Zuwiderhandeln gegen Bestimmungen der Arbeitsordnung, so daß sich hieraus unabhängig vom Betriebsratsamt allein wegen Verstoßes gegen die arbeitsvertraglichen Pflichten ein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung ergeben kann. So sehr nun auch diese Rechtslage von jedem Betriebsvertretungsmitglied zu beachten ist, ebenso sehr ist es gerichtsnotorisch, daß sich alle Betriebsvertretungsmitglieder nun einmal politisch und gewerkschaftlich betätigen. Das liegt in der Natur der Sache. Die Gewerkschaften haben ja auch das Betriebsrätegesetz nicht gefordert, um die Gewerkschaftsfunktionäre, die als Betriebsvertretungsmitglieder tätig sind, gewissermaßen auf diese Weise vom politischen und gewerkschaftlichen Leben abzuschließen oder sie hierin zu beschränken. Nachstehend folgt eine Darstellung der Rechtsgrundsätze des Reichsarbeitsgerichts zu dieser Streitfrage und der

